

Stand: 24.06.2026 10:06:16

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/4180

"Berechtigte Ansprüche ehemaliger Heimkinder erfüllen - Laufzeit des Fonds Heimerziehung verlängern und Fondsmittel bedarfsorientiert aufstocken"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/4180 vom 11.11.2014
2. Plenarprotokoll Nr. 29 vom 12.11.2014
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/5177 des SO vom 05.02.2015
4. Beschluss des Plenums 17/5466 vom 26.02.2015
5. Plenarprotokoll Nr. 38 vom 26.02.2015



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Ulrich Leiner, Claudia Stamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Berechtigte Ansprüche ehemaliger Heimkinder erfüllen – Laufzeit des Fonds Heimerziehung verlängern und Fondsmittel bedarfsorientiert aufstocken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich beim Lenkungsausschuss des Fonds Heimerziehung für eine Verlängerung der Ende 2014 auslaufenden Anmeldefrist für die Beantragung von Leistungen des Fonds einzusetzen.

Da immer noch nicht alle ehemaligen Heimkinder von den Angeboten des Fonds erfahren haben, muss die Laufzeit um mindestens ein weiteres Jahr bis zum 31. Dezember 2015 verlängert werden.

Da die 120 Mio. Euro Fondsvermögen bereits vollständig aufgebraucht sind, wird die Staatsregierung aufgefordert, sich gegenüber den Errichtern des Fonds für eine bedarfsorientierte und nicht gedeckelte Aufstockung der Fondsmittel einzusetzen. In diesem Zusammenhang soll sich die Staatsregierung in der Finanzministerkonferenz der Länder auch für eine Aufhebung des Beschlusses einsetzen, die zusätzlichen Mittel des Fonds Heimerziehung auf maximal 100 Mio. Euro zu begrenzen.

Dem Landtag ist bis zum Ende des Jahres darüber zu berichten, wie die berechtigten Ansprüche ehemaliger Heimkinder in der weiteren Umsetzung des Fonds Heimerziehung angemessen erfüllt werden können, ohne dass es zu unzumutbaren Verzögerungen in der Bearbeitung der vorliegenden Anträge kommt. In diesem Zusammenhang ist auch über die weitere Arbeit und Zukunftsperspektive der bayerischen Anlauf- und Beratungsstelle für ehemalige Heimkinder zu berichten.

Begründung:

Die Frist für die Anmeldung von Leistungen des Fonds „Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1945 bis 1972“ läuft am 31. Dezember 2014 ab. Laut der zentralen „Anlauf- und Beratungsstelle für ehemalige Heimkinder in Bayern“ haben bisher weit über 2.000 Menschen in Bayern Leistungen des Fonds beantragen können. Die Anlaufstelle geht jedoch ebenfalls davon aus, dass „trotz umfassender Öffentlichkeitsarbeit, medialer Berichterstattung und ‚Mund-zu-Mund-Propaganda‘ noch nicht alle ehemaligen Heimkinder von den Angeboten des Fonds erfahren haben“. Der Ausschuss, für Soziales, Familie und Arbeit hat sich bereits mit einem interfraktionellen Beschluss vom 12. Juli 2013 für eine Verlängerung der Antragsfristen des Fonds bis zum 31. Dezember 2015 ausgesprochen. Angesichts der zeitlichen Dringlichkeit wird die Staatsregierung deshalb aufgefordert, sich im Lenkungsausschuss des Fonds noch einmal mit Nachdruck für eine Verlängerung der Antragsfristen und der Laufzeit des Fonds einzusetzen.

Da die zur Verfügung stehenden Mittel des Fonds Heimerziehung schon jetzt durch die hohe Zahl der Antragsteller vollständig aufgebraucht sind und sich die bereits angemeldeten und noch offenen Ansprüche voraussichtlich auf weit über 100 Mio. Euro summieren, muss sich die Staatsregierung gegenüber den Errichtern des Fonds – also Bund, Ländern und Kirchen – für eine bedarfsorientierte Aufstockung der Fondsmittel einsetzen. Mit dem Ministerratsbeschluss vom 15. Juli 2014, sich an der Aufstockung der Mittel des Fonds zu beteiligen, hat Bayern bereits auf Landesebene die richtigen Weichen gestellt. Nun muss auch im Bund schnell eine Vereinbarung mit den übrigen Errichtern des Fonds abgeschlossen werden.

Damit alle Betroffenen auch tatsächlich die ihnen zustehenden Leistungen erhalten, müssen die Mittel des Fonds orientiert am tatsächlichen Bedarf aufgestockt werden. Eine Deckelung der zusätzlichen Mittel auf 100 Mio. Euro, wie es die Finanzminister der Länder beschlossen haben, ist aus diesem Grund nicht akzeptabel. Die Staatsregierung sollte sich deshalb in der Finanzministerkonferenz der Länder für eine Aufhebung dieses Beschlusses einsetzen.

Über die Ergebnisse der Verhandlungen auf Bundesebene und die weitere Umsetzung des Fonds Heimerziehung im Land und im Bund, soll die Staatsregierung bis zum Ende des Jahres dem zuständigen Fachausschuss des Landtags Bericht erstatten. Dabei sollte auch über eine Zwischenbilanz der bisherigen Arbeit der zentralen bayerischen Anlauf- und Beratungsstelle für ehemalige Heimkinder berichtet werden.

Argumente liefern: Die Tierärzte haben eine ganz besondere Berufsausbildung, die sie ausreichend kompetent macht, um umfassend zu beraten. Gerade Sie müssten das wissen. Anreizsysteme für den Verzicht sind nicht notwendig, da der Einsatz aus meiner Sicht sowieso beschränkt und nur unter bestimmten Bedingungen zugelassen ist. Die Forderung einer Beschränkung der Vergabe an betroffene Tiere, Herr Kollege, erübrigt sich, weil das Arzneimittel laut Gesetz ohnehin nur einem betroffenen Tier zugeordnet werden kann. Ich glaube, auch das müssten Sie wissen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Die Anträge werden wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/4176 - das ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD. Gegenstimmen, bitte. – CSU. Enthaltungen? – Bei der Fraktion der FREIEN WÄHLER. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/4190 - das ist der Antrag der SPD-Fraktion - zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN. Enthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/4191 - das ist der Antrag der FREIEN WÄHLER - zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das dürften die FREIEN WÄHLER sein.

(Allgemeine Heiterkeit)

Ich stelle fest, die FREIEN WÄHLER stimmen ihrem Antrag zu. Gegenstimmen, bitte. – CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Enthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt. Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/4177 bis 17/4182 sowie 17/4192 bis 17/4197 werden in die zuständigen Ausschüsse verwiesen.

Ich rufe dann **Tagesordnungspunkt 8** auf:

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u. a. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Nordanbindung des Flughafens Nürnberg (Drs. 17/2518)**

Die Fraktionen haben übereinstimmend auf Aussprache verzichtet. Wir kommen gleich zur namentlichen Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Ich eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 20.00 bis 20.05 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung und bitte, die Plätze einzunehmen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich rufe die **Listennummer 4** der nicht einzeln zu beratenden Anträge auf:

**Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt u. a. (SPD)
Umweltkriminalität aufdecken - Ermittlungsbehörden stärken! (Drs. 17/2590)**

Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist der Herr Kollege von Brunn. Bitte sehr!

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Im Jahr 1980, während der Regierungszeit des Bundeskanzlers Helmut Schmidt, wurde das 18. Strafrechtsänderungsgesetz verabschiedet und zum ersten Mal ein eigener Abschnitt "Straftaten gegen die Umwelt" in das Strafgesetzbuch eingefügt. Trotzdem kam der Sachverständigenrat für Umweltfragen im Jahr 1996 noch zu dem Urteil, dass es eine gewisse Vernachlässigung des Umweltstrafrechts in Deutschland gebe. Im letzten Jahrzehnt gab es aber deutliche Verbesserungen, und man kann jetzt, was die legislative Seite angeht, einigermaßen zufrieden sein.

Es stellt sich aber die Frage - deshalb dieser Antrag -, ob wir möglicherweise ein Problem beim Vollzug der Gesetze und bei der Aufklärung von Straftatbeständen haben. Ich glaube, das lässt sich auch anhand der aktuellen Beispiele aus Bayern erkennen. Die häufigste Deliktart in diesem Bereich ist der unerlaubte Umgang mit Abfällen gemäß § 326 Strafgesetzbuch. Im Jahr 2011 hat es einen Fall in Nürnberg gegeben, bei dem asbesthaltige Eternitplatten monatelang auf einem Grundstück gelagert waren – Einstellung gegen eine Zahlung von 500 Euro.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause,
Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 17/4180

**Berechtigte Ansprüche ehemaliger Heimkinder erfüllen - Laufzeit
des Fonds Heimerziehung verlängern und Fondsmittel bedarfs-
orientiert aufstocken**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Christine Kamm**
Mitberichterstatter: **Joachim Unterländer**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 25. Sitzung am 4. Dezember 2014 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 55. Sitzung am 5. Februar 2015 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Joachim Unterländer
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Ulrich Leiner, Claudia Stamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/4180, 17/5177

Berechtigte Ansprüche ehemaliger Heimkinder erfüllen – Laufzeit des Fonds Heimerziehung verlängern und Fondsmittel bedarfsorientiert aufstocken

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 1)

Ausgenommen von der Abstimmung sind die Listennummer 18, die einzeln beraten werden soll, und die Listennummer 23, die im Einvernehmen der Fraktionen abgesetzt werden soll.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zu den übrigen Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 GeschO (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
 Dienstfahrzeuge für die Bayerische Eich- und Beschussverwaltung
 Drs. 17/2519, 17/5151 (A) [X]

Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 GeschO:

Votum des mitberatenden Ausschusses für
 Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

der den Antrag für erledigt hat

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Master-Plätze ausbauen – Hürden zwischen Bachelor und Master abbauen!
 Drs. 17/2548, 17/5231 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Erwin Huber, Klaus Stöttner u.a. CSU
Nachhaltige und dauerhafte Finanzierung von Kurorten und Heilbädern sicherstellen
Drs. 17/2783, 17/5152 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Dublin-Überstellungen nach Bulgarien aussetzen
Drs. 17/3544, 17/5323 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD
Kinder und Jugendliche stark machen – gesundheitliche Vorsorge verbessern I:
Suchtprävention bei Jugendlichen –
Datengrundlage für die Arbeit vor Ort schaffen
Drs. 17/3655, 17/5331 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Markus Rinderspacher, Inge Aures u.a. SPD
Kurswechsel in der europäischen Flüchtlingspolitik 1:
Realität anerkennen – solidarisch handeln – Menschenrechte achten
Drs. 17/4065, 17/5324 (A)

Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER gem. § 126 Abs. 3 GeschO:

Votum des mitberatenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Markus Rinderspacher, Inge Aures u.a. SPD
Kurswechsel in der europäischen Flüchtlingspolitik 2:
Gemeinsames Europäisches Asylsystem (GEAS) zügig umsetzen
Drs. 17/4066, 17/5325 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Markus Rinderspacher, Inge Aures u.a. SPD
Kurswechsel in der europäischen Flüchtlingspolitik 3:
Verantwortung durch Quotenregelung gerecht verteilen
Drs. 17/4067, 17/5326 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Markus Rinderspacher, Inge Aures u.a. SPD
Kurswechsel in der europäischen Flüchtlingspolitik 4:
Fluchtursachen bekämpfen, Entwicklungshilfe verstärken
Drs. 17/4068, 17/5327 (A)

Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER gem. § 126 Abs. 3 GeschO:

Votum des mitberatenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Inge Aures, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Kurswechsel in der europäischen Flüchtlingspolitik 5:
Gesamteuropäisches Einwanderungs- und Integrationskonzept erarbeiten
Drs. 17/4069, 17/5328 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Bernhard Seidenath, Joachim Unterländer u.a. CSU
Probleme in der Pflege beheben – Überprüfung der Personalschlüssel
Drs. 17/4170, 17/5332 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber u.a. und Fraktion (CSU)
Europäische Bankenabgabe
Drs. 17/4177, 17/5292 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Berechtigte Ansprüche ehemaliger Heimkinder erfüllen – Laufzeit des Fonds Heimerziehung verlängern und Fondsmittel bedarfsorientiert aufstocken
Drs. 17/4180, 17/5177 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)
Regelungen für die Beitragsberechnung der europäischen Bankenabgabe überarbeiten
Drs. 17/4192, 17/5293 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bankenabgabe für Sparkassen- und Genossenschaftsbanken verhindern
Drs. 17/4193, 17/5294 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Konzept für eine Informationsstelle gegen Flucht und Vertreibung in Prag
Drs. 17/4316, 17/5178 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

17. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Betäubung von Schweinen mit Helium
Drs. 17/4317, 17/5141 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bekämpfung der Ursachen sogenannter Armutsmigration in den Herkunftsländern
Drs. 17/4319, 17/5302 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

19. Antrag der Abgeordneten Andreas Lotte, Volkmar Halbleib, Annette Karl u.a. SPD
Sozialen Wohnungsbau in den Kommunen fördern
Drs. 17/4322, 17/5180 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayer, Kathi Petersen u.a. SPD
Die Realschulen nicht alleine lassen – kleinere Klassen, mehr guten Ganztags, mehr Förderung für gymnasial geeignete Schülerinnen und Schüler
Drs. 17/4442, 17/5215 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Arif Tasdelen u.a. und Fraktion (SPD)
Keine Abschiebungen nach Afghanistan – Abschaffung von Kettenduldungen
Drs. 17/4455, 17/5329 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

22. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. und Fraktion (CSU)
Plattform Gesundheitswirtschaft
Drs. 17/4475, 17/5295 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anhörung zum Reformbedarf des bayerischen Petitionswesens
Drs. 17/4477, 17/5330 (ENTH)

Der Antrag wird im Einvernehmen mit den Fraktionen abgesetzt

24. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Reinhold Strobl u.a. SPD
Novembersteuerschätzung 2014 und
Auswirkungen auf den Staatshaushalt 2015/2016
Drs. 17/4488, 17/5150 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Gesundheitswirtschaft – Prävention verbessern und Kur- und Heilbäder mehr fördern!
Drs. 17/4500, 17/5297 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umsetzung der interfraktionellen Resolution zur Aufarbeitung der Situation ehemaliger Heimkinder in Bayern und zur Umsetzung des Fonds Heimerziehung auf Bundesebene
Drs. 17/4508, 17/5181 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Hermann Imhof u.a. CSU
Fonds Heimerziehung in der Bundesrepublik in den Jahren 1949 bis 1975
Drs. 17/4605, 17/5183 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ruth Waldmann, Angelika Weikert u.a. und Fraktion (SPD)
Informationen über die Sekte „Zwölf Stämme“ weitergeben!
Drs. 17/2553, 17/5298

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

der den Antrag für erledigt erklärt hat

29. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u.a. SPD
Bodensee-Schiffahrts-Ordnung (BSO)
Drs. 17/3189, 17/5158

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

der den Antrag für erledigt erklärt hat

30. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bildungsgutscheine für die Meisterausbildung
Drs. 17/3293, 17/5162

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

der den Antrag für erledigt erklärt hat

31. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Hände weg vom § 13a Einkommensteuergesetz – vereinfachte Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen erhalten
Drs. 17/3716, 17/5147 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat

32. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u.a. SPD
Berichts Antrag zur Breitbandversorgung von Schulen in Bayern
Drs. 17/4324, 17/5163

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

der den Antrag für erledigt erklärt hat

33. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine restriktiven Vorgaben für die Testphase zur Weiterentwicklung des bayerischen Gymnasiums
Drs. 17/5028, 17/5165

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

der den Antrag für erledigt erklärt hat

34. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Abgrenzung der FFH-Meldungen bürger- und kommunalfreundlicher gestalten – Mehr Zeit für aufwändige Recherche
Drs. 17/5033, 17/5194

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

der den Antrag für erledigt erklärt hat

35. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Informationsmaterialien zur „Mittelstufe Plus“ zur Verfügung stellen
Drs. 17/5202, 17/5291

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

der den Antrag für erledigt erklärt hat

36. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
ÖPNV-Förderung: Ländlichen Raum und Mittelstand nicht benachteiligen
Drs. 17/4473, 17/5245 (E) [X]

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU



SPD



FREIE WÄHLER



GRÜ

